



Bericht des Vorstands zur Vertreterversammlung am 14.04.2018

Berichtszeitraum 29.10.2017 – 14.04.2018

Liebe Mitglieder der LandesPsychotherapeutenKammer,

im Fokus des letzten halben Jahres standen neben vielfältigen Themen vor allem die Auswirkungen der neuen Psychotherapie-Richtlinie, die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung, die Entwicklung der Kostenerstattung sowie die Erweiterungen unserer Befugnisse. Aber auch die Weitergestaltung der Ausbildungsreform, Pharmakotherapeutische Kompetenzen von PsychotherapeutInnen, elektronische Gesundheitskarte, Digitalisierung im Gesundheitswesen und immer wieder in vielfältiger Form das Thema Datenschutz und hier wiederum insbesondere die EU-Datenschutz-Grundverordnung sind nur einige der zu nennenden Themen, welche unsere Mitglieder und uns als Vorstand in den letzten Monaten bewegten, aktuell bewegen und auch in diesem Jahr noch weiterhin bewegen werden.

Als LandesPsychotherapeutenKammer, Vorstand und Geschäftsstelle, versuchen wir auf allen möglichen Ebenen konstruktiven Einfluss im Interesse unserer Mitglieder auf diese Entwicklungen zu nehmen.

Ihr Vorstand der LandesPsychotherapeutenKammer RLP

Peter Brettle Dr. Andrea Benecke Sabine Maur Peter Andreas Staub

INHALTSVERZEICHNIS

Gesundheitspolitik

Ausbildungsreform	4
Zusammenarbeit der Heilberufekammern	4
§90-Gremium	4
Landespsychiatriebeirat	5
Landeskrankenhausplanungsausschuss	5
Privatpraxen / "Kostenerstattung" / Umfrage	5
Präventions-Netzwerk	6
Psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen	7
Treffen mit GesundheitspolitikerInnen der SPD Landtagsfraktion	8
Empfang der Landtagsabgeordneten Katharina Binz	8
Treffen mit Leitenden PsychotherapeutInnen aus dem Suchtbereich	8
Gespräch mit der Geschäftsführerin der DRV RLP	9
Beratungsstellen / Gespräch mit Joachim Speicher (MSAGD)	9

Kammer intern

Vorstandssitzungen und Ausschüsse	9
Verantwortlichkeit Vorstand Geschäftsstelle	9

Veranstaltungen

Praxisabgabe/-übergabe	10
KJP mit BKJPP, KV, LÄK	10
Symposium „Psychotherapie der Altersdepression“	11
Tag der Angestellten	11
Runder Tisch „Quo vadis Privatpraxis?“	12

BPtK, Kooperationen und Mitgliedschaften	
Berichte aus dem Länderrat	12
31. Deutscher Psychotherapeutentag Berlin	12
Jahresempfang der Ministerpräsidentin	13
Jahresempfang der Wirtschaft	13
Elektronische Gesundheitskarte/Telematik	14
EU-Datenschutz-Grundverordnung	15
BPtK: Finanzausschuss	16
BPtK: KJP-Ausschuss	16
BPtK: AG Frauen in die Berufspolitik	16
BPtK: Internetbasierte Psychotherapie	17
BPtK: Projekt Transition	17
Bundesweite Umfrage zur Umsetzung der Psychotherapie-Richtlinie	18
Öffentlichkeitsarbeit	
Reform der Bedarfsplanung	18
Sonstige Interviews	19

GESUNDHEITSPOLITIK

Der Vorstand verfolgte in den jeweils entsprechenden Gremien vor allem drei inhaltliche Schwerpunkte: Ausbildungsreform, Versorgung der Versicherten und dabei die Themen Bedarfsplanung und Therapie bei Systemversagen sowie die Situation der angestellten PsychotherapeutInnen.

Ausbildungsreform

Aufgrund der Verzögerung der Regierungsbildung haben sich keine neuen Entwicklungen auf Bundesebene ergeben. Innerprofessionell wurde in dieser Zeit aber durchaus kontrovers diskutiert, z.B. über den Modellstudiengang Psychopharmakotherapie (siehe dazu Punkt Transition). Im Rahmen der Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen hat die LPK RLP alle rheinland-pfälzischen Mitverhandelnden angeschrieben und für die Berücksichtigung der für unsere Berufsgruppe relevanten Themen geworben. Die Anschreiben waren von der BPTK vorbereitet und an alle Länder weitergegeben worden.

Zusammenarbeit der Heilberufekammern

Auch im zweiten Halbjahr 2017 wurde der Austausch mit den anderen Heilberufekammern, insbesondere mit der LÄK, bei diversen Begegnungen fortgesetzt. Deutlich wurden in den verschiedenen Gesprächen vor allem die Unterschiede (z.B. Bedarfsplanung) und daraus resultierend auch die unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen (z.B. Anerkennung Supervisoren, Leitung MVZ, Landeskrankenhausgesetz). Gemeinsame Ergebnisse wie im Sommer 2017 z.B. bei der gemeinsamen Stellungnahme zum Thema Heilpraktiker ergaben sich nicht. Trotz aller Unterschiedlichkeiten konnte allerdings weiterhin ein wohlwollendes Klima gestaltet werden. Neben dem Austausch mit der Landesärztekammer besteht auch hier weiterhin ein kontinuierlicher reziproker Austausch mit Apotheker-, Pflege- und Zahnärztekammer. Perspektivisch ist für Mai 2018 ein nächstes gemeinsames Treffen geplant.

§90a-Gremium

Im Mittelpunkt des gemeinsamen Landesgremiums für sektorenübergreifende Versorgungsfragen, dessen Beschlüsse Empfehlungscharakter haben, standen zuletzt ausschließlich die Vorstellungen von Projekten des Innovationsfonds. Dabei wurden Projekte aus dem ärztlichen und insbesondere pflegerischen Bereich vorgestellt. Basierend darauf stellt sich die Frage, inwieweit Kooperationen und Beteiligungen perspektivisch auch mit PsychotherapeutInnen und Kinder- u. JugendlichenpsychotherapeutInnen möglich wären. Hierbei befindet sich der Vorstand im Austausch.

Landespsychiatriebeirat

Der Landespsychiatriebeirat hat am 14.11.2017 getagt. Es wurde eine Pilotstudie vorgestellt (Digitaler Krisenanker), bei der ein psychiatrisches Krankenhaus einzelne Patienten mit internetfähigen, unkomplizierten Geräten ausstattete. Mittels dieser Geräte konnten sich die Patienten bei längeren Aufenthalten zu Hause komplikationslos mit Pflegern in Verbindung setzen, wenn ihnen dies nötig erschien. Dies sei gut angenommen worden und habe Wiederaufnahmen verhindern oder hinauszögern können. Zudem habe man auch Expositionen angeleitet, die die Patienten zuhause durchführen konnten. Auch dies sei erfolgreich verlaufen. Auf Nachfrage wurde deutlich, dass diese Expositionen von Fachkrankenplegern angeleitet wurden. Zudem zeigte sich, dass von den Patienten gezeigtes Sicherheitsverhalten als solches offenbar nicht erkannt worden war. Dies wurde von der LPK sehr kritisch angemerkt und deutlich gemacht, dass psychotherapeutische Interventionen in die Hände von Psychotherapeuten gehören. Davon entbindet das Medium, über welches die Intervention durchgeführt wird, in keiner Weise.

Dr. Sylvia Claus vom Pfalzklitorium stellte im trialogischen Prozess erstellte Aufklärungsbögen zu Neuroleptika vor, die auch in leichter Sprache erstellt wurden. Zudem wurden die Leistungsanbieter und Krankenkassen aufgefordert, die neu eingeführten stationsäquivalenten Leistungen umzusetzen.

Landeskrankenhausplanungsausschuss

Der Landeskrankenhausplanungsausschuss hat im Berichtszeitraum einmal getagt (26.02.2018). Für die LPK ist nun Dr. Andrea Benecke die Vertreterin in diesem Gremium. Grundsätzlich sieht sich das Land seit Jahren vor das Problem gestellt, dass gerade für psychisch kranke Menschen immer mehr Betten bereitgestellt werden müssen. Die Kliniken können eine hohe Auslastung der Betten nachweisen und beantragen dementsprechend mehr Kapazitäten. Vor allem werden auch Tageskliniken ausgebaut. Diese Kapazitätenerweiterung wird durchaus auch kritisch gesehen und man fragt sich dort, ob nicht mehr Versorgung im ambulanten Bereich möglich ist. Die LPK verweist regelhaft auf die ebenfalls ausgelasteten Praxen und die Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz. Der neue Krankenhausplan mit einem Planungshorizont von fünf bis sieben Jahren wird in diesem Jahr erstellt und soll Ende des Jahres vorliegen. Zurzeit wird ein vorbereitendes wissenschaftliches Gutachten erstellt, das Ende Mai 2018 vorliegen soll.

Privatpraxen / "Kostenerstattung" / Umfrage

- a. Engagieren Sie sich mit uns für eine adäquate psychotherapeutische Regelversorgung, in dem Sie sich für eine angepasste Bedarfsplanung auf Bundesebene einsetzen.

- b. Solange es keine flächendeckende psychotherapeutische Versorgung Ihrer Versicherten in der Regelversorgung gibt – gewährleisten Sie weiterhin deren gesetzlichen Anspruch nach §13 Abs. 3 Satz 1 SGB V.

Dies sind unsere 2 Kernforderungen, welche wir aufgrund der zunehmend prekären Entwicklung für Privatpraxen mit Kostenerstattung in unserem Schreiben an die Vorstände der Krankenkassen in RLP und an den GKV Spitzenverband erstmals Ende September 2017 stellten und seither weiter vertreten. Das Echo der Krankenkassen diesbezüglich war verhalten.

Diese Kernforderungen wurden als weiterer Schritt auch in Gesprächen mit PolitikerInnen vertreten und wurden dort wohlwollend aufgenommen. Hier wird allerdings die Zukunft zeigen, inwieweit verbal geäußerte Unterstützungsbekundungen für unsere Anliegen in der Realität ihren Niederschlag finden werden.

Weitere Initiativen bezüglich Kostenerstattung waren unsere LPK-eigene Umfrage Kostenerstattung sowie unser Runder Tisch für Privat- und Kostenerstattungspraxen unter der Überschrift "Quo vadis Privatpraxis?" am 08.03.2018. Sowohl Umfrage als auch Veranstaltung bestätigten unseren Eindruck, dass hier weiterer Handlungsbedarf für uns besteht.

An der Online-Umfrage zur Kostenerstattung nahmen 68 KollegInnen teil. Die Ergebnisse wurden auf der Website der LPK veröffentlicht (<https://www.lpk-rlp.de/veranstaltung/artikel/bewilligung-von-psychotherapie-per-kostenerstattung-hat-sich-deutlich-verschlechtert.html>). Zentrale Ergebnisse waren, dass sich die Bewilligung bei 26% "verschlechtert" und 61% sogar "deutlich verschlechtert" hat. Beantragte Stundenkontingente wurden bei 65% der Teilnehmer in den letzten sechs Monaten häufiger gekürzt als vorher und die Bearbeitungsdauer der Anträge hat sich bei 51% verlängert. Diese Daten und die von den TeilnehmerInnen verfassten freien Kommentare wurden als Grundlage für die o.g. Veranstaltung genommen.

Präventions-Netzwerk

Zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie wurden Landesrahmenvereinbarungen getroffen, in denen es um die Sicherung der Zusammenarbeit der Beteiligten geht. Zu den Beteiligten gehört neben den Sozialversicherungsträgern und den Ministerien auch die LPK RLP. In der Netzwerk-Gruppe "Gesund aufwachsen" wird die LPK durch Sabine Maur vertreten. Als ein Schwerpunktthema konnte dabei die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in sozial benachteiligten Lebenslagen durchgesetzt werden. Es ist leider nach wie vor nicht absehbar, wann es an die Umsetzung konkreter Präventionsprojekte gehen wird.

Am 23.03.2018 nahmen Sabine Maur und Petra Regelin an der Kick-off-Veranstaltung "Verrückt? Na und!" teil. Es handelt sich dabei um ein Präventionsprogramm zur Stärkung der seelischen Gesundheit von jungen Menschen, das deutschlandweit an Schulen angesiedelt ist. Als ExpertInnen nehmen Jugendliche/junge Erwachsene teil, die selbst psychisch erkrankt waren. Es ist ein Treffen mit dem Koordinator für RLP geplant (angesiedelt im Beratungscafé unplugged in Mainz), um gemeinsam zu besprechen, inwieweit sich die LPK mit ihren Mitgliedern als ExpertInnen für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in diesem Präventionsprogramm sinnvoll engagieren kann.

Psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen

Unter Federführung des MSAGD sowie des MFFJIV wurde vor einigen Jahren die AG "Psychosoziale Gesundheit von Flüchtlingen" in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Auftrag war, Probleme in der psychosozialen Versorgung zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten zu formulieren, die dann als Forderungskatalog formuliert an das Kabinett weitergegeben werden sollten. Die Arbeit an diesem Gesamtproblemaufriss wurde im Februar fertig. Es ist sicher gut gelungen, alle relevanten Bereiche der Versorgung zu beleuchten, Probleme zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Auch ein Maßnahmenplan wurde erstellt. Allein, was nun damit geschieht und ob diese Lösungen, die alle mehr oder weniger Geld kosten, nun umgesetzt werden, konnte niemand zusagen. Auch das Problem der Finanzierung von Sprachmittlern harret weiter einer Lösung.

Zusammen mit Dr. Elias Bender, MFFJIV und der Koordinierungsstelle zur Interkulturellen Öffnung des Gesundheitswesens wurde am 05.03.2018 in einer Besprechung an den Eckpunkten einer Verfahrensstandardisierung zur "Gewährung von Hilfen an Personen mit psychischen Erkrankungen und Störungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes" weitergearbeitet. Teilnehmer für die Kammer waren Ulrich Bestle und Dr. Andrea Benecke. Die Erstellung dieses, zunächst als Verwaltungsvorschrift geplanten, Textes hatte sich aufgrund von Engpässen im Ministerium sehr verzögert, liegt aber nun in den Endzügen. In dieser Verfahrensstandardisierung sollen sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen (AsylBIG in Verbindung mit der EU-Aufnahmerichtlinie) wie auch die konkrete Anwendung auf den Bereich psychischer Erkrankungen dargestellt werden, so dass es den Entscheidern vor Ort leichter fällt, korrekte und langfristig sinnvolle Entscheidungen treffen zu können.

Die LPK wurde Ende 2017 von der Koordinierungsstelle zur Interkulturellen Öffnung des Gesundheitswesens um Mithilfe gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) einen Fragebogen für Psychotherapeuten zu erstellen, mit dem die psychotherapeutische Arbeit mit Geflüchteten erfasst werden kann und mit dessen Hilfe deutlicher nach außen getragen werden kann, welche Probleme sich ergeben und welche Unterstützung nötig wäre.

Ulrich Bestle und Dr. Andrea Benecke waren für die Kammer an der Erstellung beteiligt. Die Umfrage erfolgte mit Unterstützung der Geschäftsstelle am 04.12.2017. Teilgenommen haben 363 Personen, von denen 240 die Befragung auch beendet haben. Erste Ergebnisse zeigen, dass sich ein deutlich höherer Aufwand in Beantragung/Durchführung der Psychotherapie ergibt und ein Großteil der PsychotherapeutInnen auch Schriftstücke für das Asylverfahren verfasst. Die Ergebnisse werden demnächst genauer vorgestellt.

Treffen mit GesundheitspolitikerInnen der SPD Landtagsfraktion

Am 28.11.2017 trafen sich Peter Brettle, Sabine Maur und Petra Regelin mit Mitgliedern der SPD-Arbeitskreise "Gesundheit und Pflege" und "Soziales und Arbeit". Das gute und kollegiale Gespräch mit Dr. Tanja Machalet, Kathrin Anklam-Trapp, Jörg Denninghoff und Stephan Engel diente dem Austausch über gesundheits- und versorgungspolitische Themen rund um die Psychotherapie. Inhaltlich ging es um die Reform des Landeskrankenhausgesetzes, die erheblichen Probleme in der Kostenerstattung trotz unveränderter Gesetzeslage, die Wartezeiten in RLP auf einen Psychotherapieplatz sowie um die Psychotherapie-Ausbildungsreform.

Empfang der Landtagsabgeordneten Katharina Binz

Am 15.12.2017 besuchte die Abgeordnete des Landtags Rheinland-Pfalz (Bündnis 90/Die Grünen) Katharina Binz die Geschäftsstelle der LPK. Anlass und Gegenstand des Gespräches mit Dr. Andrea Benecke und Peter Brettle war die kleine Anfrage zur psychotherapeutischen Versorgung in Rheinland-Pfalz im Landtag von Frau Binz sowie die Antwort des Gesundheitsministeriums. Deutlich wurde bei diesem Austausch die Einigkeit, dass mehr für die Versorgung von psychisch kranken Patienten getan werden muss. Insbesondere die mancherorts unzureichende Versorgungslage und die zu langen Wartezeiten müssen verändert werden, aber auch das Bewusstsein in der Öffentlichkeit bezüglich psychischer Erkrankung. Weitere Treffen sind deshalb vereinbart.

Treffen mit Leitenden PsychotherapeutInnen aus dem Suchtbereich

Im Dezember 2017 waren fünf Psychotherapeuten, die in leitender Funktion in Suchthilfe und Sucht-Rehabilitation tätig sind, zu Gast in der Geschäftsstelle der LPK RLP zum Gespräch mit Herrn Brettle und Fr. Dr. Benecke. Die Kollegen machten deutlich, dass sie sich um die Stellung der Psychotherapeuten in ihrem Bereich Sorgen machen und baten die Kammer um Unterstützung, z.B. in Bezug auf die Stärkung der Position von Psychotherapeuten und der Verbesserung der strukturellen Verankerung (z.B. über die Förderrichtlinien für Beratungsstellen oder Strukturvorgaben der DRV). Sowohl Psychotherapeuten in Leitungspositionen als auch den übrigen in Sucht-Rehabilitationseinrichtungen tätigen Psychotherapeuten soll der Rücken gestärkt werden. Das Thema Psychotherapie der Sucht wird auch die LPK-Fachtagung am 22.09.2018 bestimmen.

Gespräch mit der Geschäftsführerin der DRV RLP

Am 08.03.2018 waren Petra Regelin und Dr. Andrea Benecke zu einem Gespräch mit der Geschäftsführerin der DRV RLP, Saskia Wollny, in Speyer eingeladen. Wir hatten um diesen Gesprächstermin gebeten, weil wir die Verankerung der PsychotherapeutInnen in der Rehabilitation und die Umsetzung des Nachsorgeprogramms Psy-Rena in Rheinland-Pfalz besprechen wollten. Das Gespräch dauerte zwei Stunden und war insgesamt sehr positiv. Deutlich wurde, dass die DRV RLP die PsychotherapeutInnen als elementar wichtigen Bestandteil des Reha-Teams wahrnimmt. Dies zeige sich u.a. darin, dass in den DRV-RLP-eigenen Kliniken sehr viele PsychotherapeutInnen angestellt seien. In Bezug auf Psy-Rena wurde vereinbart, dass sich die DRV im Verlauf des Jahres bei der LPK melden wird, wenn die ersten Qualifikationsseminare im Land angeboten werden sollen. In Bezug auf die Umsetzung des Nachsorgeprogramms vereinbarten wir eine enge Zusammenarbeit und darüber hinaus ein regelmäßiges Treffen mindestens einmal im Jahr zu Gesprächen.

Beratungsstellen / Gespräch mit Joachim Speicher (MSAGD)

Am 28.03.2018 trafen sich Dr. Andrea Benecke und Sabine Maur für die LPK mit dem Abteilungsleiter des MSAGD, Joachim Speicher. Anlass war u.a. die geplante Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums zur Förderung sozialer Beratungsstellen. In der bisherigen Form werden zwar die Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen erwähnt, nicht aber die Psychologischen PsychotherapeutInnen. Von unserer Seite wurde zudem angesprochen, dass die Funktionen in den Suchtberatungsstellen deutlicher beschrieben werden könnten, z.B. könnte dort auch eine Leitungsfunktion für PsychotherapeutInnen vorgesehen werden.

KAMMER INTERN

Vorstandssitzungen und Ausschüsse

An dieser Stelle sei auf die Protokolle verwiesen, welche die jeweiligen Aktivitäten und Inhalte der Sitzungen und Ausschüsse dokumentieren.

Verantwortlichkeit Vorstand Geschäftsstelle

Am 09.02.2018 traf sich der Vorstand zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung, bei der Peter Brettle seine gesundheitliche und persönliche Situation schilderte. Der Vorstand fasste in Folge den Beschluss, dass Dr. Andrea Benecke ab sofort für die Betreuung der Geschäftsstelle zuständig ist.

VERANSTALTUNGEN

Die berufliche Fort- und Weiterbildung der Kammermitglieder zu regeln und zu fördern (Hauptsatzung §2; Abs. 2 h) verfolgte die LPK RLP weiterhin nachhaltig. So fanden seit der letztjährigen Herbst-Vertreterversammlung bis zu unserer Frühjahrs-Vertreterversammlung Mitte April insgesamt 15 Veranstaltungen statt. Die Teilnehmerzahlen sowie die Rückmeldungen zu den Veranstaltungen lassen hier weiterhin eine hohe Zufriedenheit unserer Kammermitglieder erkennen. Über die Veranstaltungen wird jeweils ein Bericht für die Homepage verfasst. Unter dem Abschnitt "Öffentlichkeitsarbeit" sind einzelne links in Bezug auf die weitere mediale Berichterstattung aufgeführt.

Praxisübergabe/-übernahme

Mit einer Durchschnittsbewertung von 1,44 fand am 11.11.2017 die Fortbildungsveranstaltung zum Thema "Informationen und Austausch rund um die Abgabe und Übernahme von Psychotherapeutischen Praxen" bei 43 Teilnehmern eine sehr erfreuliche Resonanz. Im ersten Teil der Veranstaltung informierte die Ressortleiterin Zulassung Süd der Kassenärztlichen Vereinigung, Michaela Kausch, über aktuelle Entwicklungen in der Bedarfsplanung, das Praxisnachbesetzungsverfahren und verschiedene Möglichkeiten der Kooperation in psychotherapeutischen Praxen. Im zweiten Teil erläuterte der Steuerberater und Geschäftsführer der Avimed Steuerberatungsgesellschaft, Wolfgang Steidl, die steuerrechtlichen Grundlagen rund um die Abgabe und Übernahme von psychotherapeutischen Praxen. Da sich fast ein Drittel unserer Mitglieder im rentenfähigen Alter befinden oder kurz davor sind, war und bleibt Praxisabgabe/-übernahme ein wichtiges Fortbildungsthema für unsere Mitglieder, welches auch in diesem Jahr wieder angeboten werden soll.

Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen in RLP

Nach dem großen KJP-Fachtag der LPK im September 2017 folgte nun eine weitere KJP-Veranstaltung am 21.01.2018. Diese zeichnete sich dadurch aus, dass sie gemeinsam von vier wichtigen Protagonisten des Gesundheitswesens in RLP durchgeführt wurde: der LPK, dem Berufsverband der KinderpsychiaterInnen (BKJPP), der Ärztekammer RLP und der KV RLP. Wir wollten damit ein starkes Signal setzen zur Kooperation verschiedener Berufsgruppen im KJP-Bereich, in diesem Fall der Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen und der KinderpsychiaterInnen. Die Veranstaltung soll der Auftakt sein für weitere Veranstaltungen, in die dann zusätzliche wichtige Kooperationspartner wie Jugendhilfe, Schule, stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie und die PädiaterInnen einbezogen werden können.

An der Veranstaltung nahmen über 80 KollegInnen beider Berufsgruppen teil. Besonders positiv war die durchweg kollegiale und wertschätzende Atmosphäre. Grußworte sprachen der Abteilungsleiter des MSAGD, Joachim Speicher, das

Vorstandsmitglied der Ärztekammer, Dr. med. Christel Werner, sowie KV-Vorstandsmitglied, Peter Andreas Staub. Nach einem Fachvortrag von Dr. Reinhold Feldmann zum Thema FAS, referierten Dr. Gundolf Berg (BKJPP) und Sabine Maur (LPK) zu Problemen einer guten Versorgung für psychisch kranke Kinder und Jugendliche, dem oft überdurchschnittlichen Engagement der beiden Berufsgruppen sowie zu möglichen Modellen einer besseren Versorgung.

Symposium „Psychotherapie der Altersdepression“

Auf großes Interesse stieß das Symposium "Psychotherapie der Altersdepression", das die LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Rheinhessen-Fachklinik Alzey und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) am 28.11.2017 veranstaltete. Rund 100 Zuhörer fanden sich in der Rheinhessen-Fachklinik in Alzey ein. Im Rahmen der Initiative „Bündnisse gegen Depression in Rheinland-Pfalz“ referierten von 9:30 bis 16:00 Uhr Experten über verschiedene Aspekte des Themas. Es wurden Psychotherapieverfahren vorgestellt, die an die Bedingungen des Alterns angepasst sind und gute empirische Evidenzen aufweisen. In Workshops wurden diese Methoden praxisnah vermittelt und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen diskutiert. Dr. Andrea Benecke moderierte das Symposium. Förderer war das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz. Auch der Südwestrundfunk (SWR) besuchte das Symposium und interviewte Dr. Andrea Benecke für eine Sendung zum Thema Altersdepression.

Tag der Angestellten

Die Mitglieder des Ausschusses für die Belange der Angestellten haben auch in 2017 wieder einen Tag der Angestellten konzipiert, dieses Mal mit dem Titel "Empowerment für angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten". Am 02.12.2017 begrüßte Dr. Andrea Benecke die rund 30 Teilnehmer. Den Hauptvortrag "Psychotherapeuten in Führung bringen - Thesen zur Standortbestimmung und weiteren Entwicklung" hielt Dipl.-Psych. Christina Demmerle. Sie wies darauf hin, dass Psychotherapeuten nach wie vor nicht nur deutlich weniger gut bezahlt werden als Ärzte, sondern auch viel seltener in Leitungspositionen zu finden sind. Sie machte dafür unter anderem eine "Kultur der Vorsicht" verantwortlich; um beruflich voranzukommen und in Leitungspositionen vorzudringen, sei es aber von großer Bedeutung, die Deutungshoheit über die eigene Rolle zu gewinnen und selbstbewusst für die eigene Kompetenz zu werben. PsychotherapeutInnen sollten lernen, mikropolitisch geschickt zu agieren, sich klug in den gegebenen Rahmenbedingungen zu verhalten und auch über den eigenen Bereich hinaus Engagement und Verantwortungsbereitschaft zu zeigen. Nach der Mittagspause leitete Prof. Dr. Wilma Funke den Workshop "Führen und Gestalten" und Johannes Schopohl (Referent der BPtK) den Workshop "Arbeits- und tarifrechtliche Rahmenbedingungen". Anschließend wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt und diskutiert. Die Teilnehmer

beurteilten diese Veranstaltung zum Thema "Empowerment" als wichtig und hilfreich und waren vor allem begeistert von Fr. Demmerles Vortrag. Der Plan der LPK, zukünftig ein Curriculum zur Führungskräfteentwicklung anzubieten, wurde sehr begrüßt. Der Ausschuss reflektierte im Anschluss kritisch, dass vergleichsweise wenige Angestellte den Weg zu der Veranstaltung gefunden haben. Mögliche Gründe liegen darin, dass der Termin sehr spät im Jahr (dies war aufgrund der Wahlen nicht anders möglich) und an einem Samstag stattfand. In 2018 wird der Termin an einem Freitag im November liegen.

Runder Tisch "Quo vadis Privatpraxis?"

Beim Runden Tisch "Quo vadis Privatpraxis?" - Austausch über die Kostenerstattung waren rund 40 Teilnehmer ins Kongresszentrum des ZDF gekommen, um über die schwierige Situation der Kostenerstattung zu sprechen. Der Abend wurde von Dr. Andrea Benecke und Peter Brettle gestaltet. In einem kurzen Rückblick wurde die historische Entwicklung von Privatpraxen und Kostenerstattung dargestellt. Unter der Überschrift "Einblick" wurde die aktuelle Situation der Privatpraxen unter Flankierung der von der LPK RLP eigenen Umfrage skizziert und mit den Teilnehmern diskutiert und reflektiert. Unter dem Stichwort "Ausblick" wurden - unabhängig von der weiterhin bestehenden gesetzlichen Grundlage nach §13 Abs. 3 SGB V - mögliche Alternativen innerhalb und außerhalb des GKV Systems aufgezeigt.

BPTK, KOOPERATIONEN UND MITGLIEDSCHAFTEN

Berichte aus dem Länderrat

Der Länderrat ist Organ der BPTK und setzt sich zusammen aus den PräsidentInnen der Psychotherapeutenkammern der Länder und tagt in der Regel viermal jährlich. Auch hier waren die Hauptthemen die Weiterentwicklung der Ausbildungsreform und die Bedarfsplanung. Die Vielfalt unserer Profession wurde beim Thema Modellstudiengang Pharmakotherapie deutlich. Ein weiteres Thema war die Neuregelung der strafrechtlichen Verschwiegenheitspflicht. Hier müssen Dienstleister (z.B. IT-Dienstleister, Reinigungskräfte) in bzw. für Praxen schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Sollte ein Dienstleister nicht in die Verschwiegenheitspflicht einwilligen und personenbezogene Daten herausgeben, so macht sich der/die Psychotherapeut/in selbst strafbar.

Auf der LPK-Homepage finden unsere Mitglieder ein Muster für die vertragliche Vereinbarung und weitere Informationen (<https://www.lpk-rlp.de/detail/artikel/datenschutz-bei-externen-dienstleistern-und-neuregelung-der-strafrechtlichen-verschwiegenheitsverpfl.html>).

Weitere wichtige Themen im 58. und 59. Länderrat waren die Arbeitsbedingungen von angestellten PsychotherapeutInnen. Hier geht es für PP und KJP um die Einstufung in die Entgeltgruppe 15 sowie um die Aufnahme ins Krankenhausgesetz.

Deutscher Psychotherapeutentag Berlin

Am 18.11.2017 fand in Berlin der 31. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) statt. Die wichtigsten Ergebnisse gestalteten sich wie folgt:

Der damalige Stand der Ausbildungsreform wurde vom Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) dargestellt und eine Resolution verabschiedet mit der Forderung, die Reform der Psychotherapieausbildung zügig fortzusetzen, bundeseinheitliche Qualifikationsstandards auf Masterniveau für den Berufszugang zu gewährleisten sowie Qualifizierungsanforderungen und -strukturen zu schaffen, die den heutigen und künftigen Anforderungen in der ambulanten, stationären psychotherapeutischen Versorgung und in institutionellen Bereichen Sorge tragen. Auch müsse eine spätere angemessene Bezahlung der PsychotherapeutInnen in Weiterbildung (PiW) gewährleistet sein. Eine weitere Resolution des DPT vor dem Hintergrund, dass die Terminservicestellen künftig auch Termine zur Probatorik vermitteln sollen, sollte zum Ausdruck bringen, dass Terminservicestellen (TSS) keine Lösung für eine unzureichende Bedarfsplanung sind. Damit würde den hilfeschuchenden Patienten keine Lösung angeboten, da die notwendigen Therapieplätze nicht in ausreichendem Maß vorhanden seien. Qualifizierte Sprach- und Kulturmittler sollten bei der Versorgung fremdsprachiger Patienten eingesetzt werden können, um für diese einen ungehinderten Zugang zum Gesundheitssystem zu schaffen und eine qualitativ hochwertige Psychotherapie zu ermöglichen. Auch hierzu wurde eine Resolution verabschiedet. Ebenfalls wurde auf dem DPT der Jahresabschluss 2016 der BPtK vorgestellt, der Vorstand entlastet und der Haushalt 2018 verabschiedet. Dabei wurde deutlich, dass die Anzahl der Mitglieder der BPtK – PP wie KJP – jährlich gestiegen sind. Zum 15.09.2017 waren 49.821 PPs und KJPs gemeldet. Darunter sind 1.719 Mehrfachmitglieder sowie 2.952 nicht approbierte Mitglieder.

Jahresempfang der Ministerpräsidentin

Am 10.01.2018 nahm für die LPK RLP Peter Brettler am Jahresempfang der Ministerpräsidentin teil, die unter dem Motto "Gemeinsam sind wir Deutschland" über Vorhaben und Herausforderungen im neuen Jahr sprach. Am Rande der Veranstaltung ergab sich die Möglichkeit des Austausches mit Politik und Vertretern von anderen Kammern.

Jahresempfang der Wirtschaft

Auch in diesem Jahr war die LPK RLP zusammen mit 13 anderen Kammern der Freien Berufe und Wirtschaftskammern Gastgeber beim Jahresempfang der Wirtschaft, der am 7. Februar 2018 in der Rheingoldhalle in Mainz stattfand. Der Jahresempfang ist die größte Veranstaltung dieser Art in Deutschland und zählt mehrere tausend Besucher. Er dient als Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik und bietet den Kammervetretern Gelegenheit, dringende Anliegen und Probleme ihres Berufsstandes zu artikulieren. Gastredner war diesmal Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a.D., welcher in seiner Rede den europäischen Integrationsprozess würdigte.

Elektronische Gesundheitskarte/Telematik

Zum 01.07.2017 ist offiziell der Start des Online-Rollouts der Telematik--infrastruktur und der ersten Anwendung „Versichertenstammdatenmanagement“ erfolgt.

Die Ausstattungs- und Betriebskosten im Rahmen des Online-Rollouts inklusive der entsprechenden elektronischen Karten (eHBA, SMBC) werden den Praxen anhand von Pauschalen finanziert. Die Abwicklung des Finanzierungsprozesses wird über die KVen ermöglicht. Es besteht jedoch keine Eile mit Anschaffung der Hard- und Software. Der Gesetzgeber hat die Pflicht zur Einführung bis zum 31.12.2018 verlängert. Aufgrund der technischen Verzögerungen der entsprechenden Zulassungen durch das Bundesamt für Informationssicherheit (BSI) geht man auch noch von einer längeren Dauer der Einführungsphase aus.

Zur Anbindung an die Telematikinfrastruktur sind mehrere Komponenten notwendig. Herzstück ist der sogenannte Konnektor. Dieser benötigt eine Zulassung von der Gematik. Bisher wurde erst ein Konnektor genehmigt. Eine weitere Zulassung für einen Konnektor für die Softwarefirmen, die hauptsächlich für Psychotherapeuten Praxisverwaltungsprogramme entwickeln, wird im Laufe des 2. Quartals 2018 erwartet.

Für den ersten Dienst, den Abgleich der Versichertendaten mit den Krankenkassen, genügt die Grundausstattung mit Konnektor, SMBC (Praxiskarte über die KV) und Kartenterminal für die Versichertenkarte. Erst für weitere, später vorgesehene Dienste wird auch ein elektronischer Heilberufeausweis (technisch: eHBA) benötigt.

PsychotherapeutInnen beantragen ihren Heilberufeausweis bei einem Trust-Service-Provider (TSP). Dieser Anbieter holt bei der zuständigen Kammer die Bestätigung darüber ein, dass der/die AntragsstellerIn tatsächlich Kammermitglied ist und damit Anspruch auf einen Heilberufeausweis hat. Die LPK RLP begleitet hier bereits die Testläufe mit der ersten Ausstellung von Heilberufeausweisen. Der zuständige TSP für die Ausgabe der flächendeckenden Ausweise wartet auf die endgültige Zulassung durch den BSI und die Gematik. Wir informieren unsere Mitglieder zeitnah, wenn dieser Dienst freigeschaltet ist.

Wir verweisen zu dieser Thematik ausdrücklich auf die Website der KV RLP: <https://www.kv-rlp.de> Webcode 442612

EU-Datenschutz-Grundverordnung

Datenschutz spielt besonders in der Medizin, in der Behandlung von Patienten und im Umgang mit Gesundheitsdaten eine zentrale Rolle. Um dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden, sollten PsychotherapeutInnen die geltenden rechtlichen Vorgaben kennen und beachten. Neue Regelungen kommen immer wieder hinzu. So wie die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), die zum 25.05.2018 nach einer zweijährigen Übergangsfrist wirksam wird.

Die neue Datenschutz-Grundverordnung wird künftig europaweit das Datenschutzrecht verbindlich und unmittelbar regeln. Derzeit bestehende nationale Regelungen bleiben nur dann anwendbar, wenn sie im Einklang mit der Grundverordnung stehen. Aus diesem Grund werden derzeit die datenschutzrechtlichen Regelungen z.B. in Fachgesetzen an die Vorgaben der DS-GVO angepasst. Im Bereich der Gesundheitsversorgung ändern sich daher die rechtlichen Bedingungen für die Verarbeitung von Patientendaten. So sind neben der DS-GVO auch das neugefasste Bundesdatenschutzgesetz und bereichsspezifische Regelungen wie beispielsweise das Sozialgesetzbuch oder die Landeskrankenhausgesetze maßgeblich.

Auf das Thema und die bevorstehenden Rechtsänderungen werden wir unsere Mitglieder im Laufe dieses Jahres vorbereiten durch verschiedene Aktivitäten der im Lande damit befassten Einrichtungen, insbesondere der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV), dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) sowie die LandesPsychotherapeutenKammer und die anderen betroffenen Heilberufskammern.

Hierzu gehören unter anderem wiederkehrende Artikel im Psychotherapeutenjournal und im Ärzteblatt, in denen einzelne Aspekte des künftigen Datenschutzrechts aufbereitet werden. Auch auf der Website und im Newsletter der LPK RLP wird das Thema Datenschutz nun verstärkt aufgegriffen.

Mit der Initiative „Mit Sicherheit gut behandelt“ bieten die KV und der LfDI zudem eine landesweite Veranstaltungsreihe zu den bevorstehenden Rechtsänderungen an. Dabei sollen einzelne bedeutsame Aspekte der DS-GVO erläutert und zugleich Raum für themenbezogene Diskussionen gegeben werden. Sowohl die Landesärztekammer als auch die LandesPsychotherapeutenKammer unterstützen das Veranstaltungsangebot.

Die Auftaktveranstaltung findet in Zusammenarbeit mit der Bezirksärztekammer Trier am 18.04.2018 in Trier statt. Ein weiterer Themenschwerpunkt wird die zunehmende Digitalisierung im Gesundheitswesen sein, insbesondere der Umgang mit Gesundheits-Apps oder die Nutzung von WhatsApp im Bereich der Heilberufe.

Folge-Veranstaltungstermine sind bereits geplant: in Neustadt (29.08.2018), in Koblenz (12.09.2018) und in Mainz (24.10.2018) - jeweils von 15.30 Uhr bis 18.30 Uhr.

BPtK: Finanzausschuss

Beim DPT im November 2017 wurden Überlegungen angestoßen, die Entschädigungs- und Reisekostenordnung (ERO) zu ändern in Hinblick auf die Erstattung von Betreuungsleistungen von Kindern und Angehörigen. Diese soll der Ausschuss haushalterisch bewerten. Ein weiteres Thema waren Änderungen in der Projektplanung. Denn bei sozialrechtlichen Regelungen der zukünftigen Weiterbildung der Profession gibt das BMG die Möglichkeit eigene Ideen einzubringen.

BPtK: KJP-Ausschuss

Themen in diesem Ausschuss sind u.a. die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher, Möglichkeiten der Kooperation mit benachbarten Berufsgruppen, Diskussion der Reform des SGB VIII und der Psychotherapie-Ausbildung u.v.m. Derzeit plant der Ausschuss eine KJP-Veranstaltung für Ende 2018, zu der auch benachbarte Berufsgruppen wie die Kinder- und JugendpsychiaterInnen eingeladen werden sollen. Die Themen des BPtK-KJP-Ausschusses werden durch Sabine Maur auch in den KJP-Ausschuss der LPK eingebracht.

BPtK: AG Frauen in der Berufspolitik

Der DPT hatte dem Vorstand der BPtK den Auftrag gegeben, die Repräsentanz von Frauen in den Gremien auf Landes- und Bundesebene zu verbessern. Auftakt dazu war ein Symposium im September 2016. Dem folgte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Frauen in der Berufspolitik", an der Dr. Andrea Benecke als Vertreterin des BPtK-Vorstands und Sabine Maur als Vertreterin der LPK RLP teilnahmen. Beim letzten DPT im November 2017 ist das Thema aus Zeitgründen vertagt worden; beim kommenden DPT Ende April 2018 wird es wieder TOP sein. Perspektivisch wird auch zu diskutieren sein, was das für die Berufspolitik in RLP bedeutet. Dies kann sich sowohl auf mögliche Quotierungen beziehen als auch auf Instrumente der Gleichstellung wie beispielsweise Mentoring, familienfreundlichere Anpassung von Sitzungszeiten, Erstattung von Babysitterkosten etc. In Bezug auf den letztgenannten Aspekt stehen wir in Gesprächen mit dem Ministerium.

BPtK: AG Internetbasierte Psychotherapie

Nach einem Round Table zum Thema "Internetbasierte Psychotherapie" im Dezember 2016, der Veröffentlichung eines BPtK-Standpunkts zum Thema inkl. einer Checkliste für Internetprogramme im Juni 2017 und Vorträgen dazu auf dem DPT im November 2017 wurde im Januar 2018 die BPtK-Kommission zu "Berufsrechtliche Regelungen: Internet in der Psychotherapie" berufen. Sabine Maur ist Mitglied der Kommission, Andrea Benecke vertritt den Vorstand der BPtK. Im ersten Treffen wurde deutlich, dass es neben der Überarbeitung der Musterberufsordnung auch wichtig ist, eine Art konkrete Handreichung zu erarbeiten zu Themen des alltäglichen Umgangs mit internetbasierten Medien in der Psychotherapie (z.B. Emails, SMS, Messenger, Apps etc.).

"Internet und Psychotherapie" ist weiterhin Thema im LPK-Ausschuss.

BPtK: Projekt Transition

Innerprofessionell wurde der Arbeitsentwurf des BMG zur Reform durchaus kontrovers diskutiert, z.B. der dort vorgeschlagene Modellstudiengang Psychopharmakotherapie. Im Rahmen des Projekts Transition wurde mit der Bund-Länder-AG abgestimmt, dass es einige Veranstaltungen geben soll, im Rahmen derer diese Kontroverse geführt werden kann und über die sich die Profession eine Meinung zu diesem Vorschlag bilden kann. Bei einem Round Table am 25.01.2018 wurde das Für und Wider intensiv diskutiert, aber auch die Frage, wie man sich einen solchen Studiengang überhaupt vorstellen könnte. Aus unserer Kammer hat Andreas Gilcher einen Vortrag gehalten. In der Diskussion zeigte sich, dass sich eher die angestellten PsychotherapeutInnen vorstellen können, auch die Verschreibungskompetenz für Psychopharmaka wahrnehmen zu wollen, während insbesondere niedergelassene KollegInnen darin eher größere Probleme sehen (z.B. bei der Einhaltung von Hygienevorschriften, wenn Blutabnahmen zur Kontrolle nötig sein sollten). Ins Feld geführt wurde allerdings auch, dass unter Betrachtung der Versorgungsprobleme psychisch kranker Menschen eine grundsätzliche Verweigerung der neuen Kompetenz schlecht zu rechtfertigen wäre. Insgesamt war es eine sehr konzentrierte und kontroverse Diskussion.

Auch in der Ärzteschaft wurde die Idee des Modellstudiengangs intensiv und im Tenor ablehnend diskutiert. Um gemeinsam ins Gespräch zu kommen, veranstaltete die BPtK am 22.3.18 ein Symposium zur „Koordination der Versorgung psychisch kranker Menschen“, zu dem VertreterInnen der Psychotherapeuten-schaft wie auch der Ärzteschaft eingeladen waren. Die kontroversen Meinungen wurden klar artikuliert wie auch die klare Botschaft aus der Ärzteschaft, dass man nur mit einem Medizinstudium in der Lage sei, Medikamente zu verschreiben. Einigkeit bestand darin, dass es für die Versorgung psychisch kranker Menschen beide Berufe braucht und man eine gute Zusammenarbeit unbedingt anstreben sollte. Wie verbindlich diese sein soll, wird sicher auch unterschiedlich beurteilt.

Weitere Diskussionspunkte zwischen den Professionen sind zudem die Legaldefinition (Beibehaltung der wissenschaftlichen Verfahren oder nicht), die Frage, ob Psychotherapeuten eine psychische Erkrankung feststellen dürfen sowie die Berufsbezeichnung.

Bundesweite Umfrage zur Umsetzung der Psychotherapie-Richtlinie

Die von der BPtK zusammen mit den Ländern initiierte Umfrage wurde inzwischen durchgeführt und wird zurzeit ausgewertet. Die Ergebnisse werden zeitnah vorgestellt.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ein ebenfalls wichtiger Bereich im Halbjahr zwischen den beiden Vertreterversammlungen war wiederum die Öffentlichkeitsarbeit des Vorstandes, welcher regelmäßig zu verschiedenlichen Themen angefragt wurde. Hier galt es auch weiterhin die Möglichkeit zu nutzen, den Beruf des Psychotherapeuten/der Psychotherapeutin (also PP und KJP) im Bewusstsein der Öffentlichkeit nachhaltig zu verankern und kontinuierlich auf Anliegen und Themen rund um Psychotherapie und PsychotherapeutInnen aufmerksam zu machen.

Öffentlichkeitsarbeit: Reform der Bedarfsplanung

Zum Thema Reform der Bedarfsplanung gab es vom LPK Vorstand ein Interview mit Peter Brettle und dazu mehrere Veröffentlichungen:

- **Focus Online** berichtete über das Thema unter der Überschrift "Psychotherapeuten fordern kürzere Wartezeiten für Patienten" am 31.10.2017. https://www.focus.de/regional/mainz/gesundheit-psychotherapeuten-fordern-kuerzere-wartezeiten-fuer-patienten_id_7786595.html
- **SWR Aktuell** veröffentlichte dazu am 31.10.2017 eine Meldung mit dem Titel "Psychotherapeuten kritisieren Wartezeiten". https://www.focus.de/regional/mainz/gesundheit-psychotherapeuten-fordern-kuerzere-wartezeiten-fuer-patienten_id_7786595.html.
- Der **Ärztendienst (änd)** veröffentlichte am 31.10.17 zu diesem Thema einen Artikel mit dem Titel "Psychotherapeuten und Land fordern kürzere Wartezeiten für Patienten".
- Unter der Überschrift "Psychotherapeuten fordern kürzere Wartezeiten für Patienten" erschien am 1.11.2017 auch ein Artikel auf **aerzteblatt.de**. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/83212/Psychotherapeuten-fordern-kuerzere-Wartezeiten-fuer-Patienten>.
- Die **Allgemeine Zeitung Mainz** berichtete darüber in der Hauptausgabe vom 2.11.2017, S. 6 ("Kürzere Wartezeiten")
- Die Online-Ausgabe vom **Mannheimer Morgen**, (*MORGEN.web*), berichtete unter der Überschrift "Bis zur Behandlung dauert es" am

2.11.2017. https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-laender-bis-zur-behandlung-dauert-es-_arid,1140860.html

- Die **Rhein-Zeitung** veröffentlichte in der Hauptausgabe vom 13.11.2017, S. 3 einen Artikel mit dem Titel "Warum Patienten so lang auf einen Therapieplatz warten". https://www.rhein-zeitung.de/region_artikel,-warum-patienten-so-lang-auf-einen-therapieplatz-warten-_arid,1729819.html

Interviews der Vorstandsmitglieder zu unterschiedlichen Themen

Zur KJP-Veranstaltung am 27.01.2018 der LPK RLP gemeinsam mit BKJPP, KV RLP und LÄK RLP gab es Fernsehberichte von SWR sowie KV TV (jeweils mit Interviews mit Sabine Maur und Gundolf Berg) sowie einen langen Bericht im Ärzteblatt:

Ärzteblatt: http://www.aerzteblatt-rheinlandpfalz.de/pdf/rlp1803_022.pdf

SWR Aktuell: <https://swrmediathek.de/player.htm?show=bf7315f0-038e-11e8-8c1f-005056a12b4c>

KV TV: <https://www.lpk-rlp.de/detail/artikel/kv-tv-berichtet-ueber-lpk-kooperationsveranstaltung-zur-psychotherapeutischen-versorgung-junger-patie.html>

Zur Veranstaltung zur Altersdepression in Kooperation mit der LZG und der Rheinessen Fachklinik Alzey gab es einen Fernsehbericht:

SWR Aktuell: "Immer mehr ältere Menschen betroffen" zur Psychotherapie der Altersdepression
<https://swrmediathek.de/player.htm?show=43a3a300-d471-11e7-ab55-005056a10824>.

An diesem Bericht wirkten mit:

Peter Brettle, Dr. Andrea Benecke, Sabine Maur, Peter Andreas Staub